

wird, so daß garantiert ist, daß die Kartierung der restlichen zehn Prozent mit den bereits kartierten 90 Prozent auch in Zukunft verglichen werden kann?

Erster Vizepräsident Möslin: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Zeitler: Wenn Sie nach derselben Form fragen, möchte ich verneinen, die Vergleichbarkeit möchte ich aber bejahen.

Erster Vizepräsident Möslin: Die nächste Frage stellt der Abgeordnete Kamm. Bitte, stellen Sie Ihre Frage!

Kamm (DIE GRÜNEN), Fragesteller:

Herr Staatssekretär, bezugnehmend auf die Antwort aus der Fragestunde vom 29. Oktober 1992, wonach die Betreiber des Atomkraftwerks Gundremmingen angeblich über ein verbindliches Angebot der belgischen Firma COMMOX zur Fertigung von plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen verfügen, frage ich die Staatsregierung, ob auszuschließen ist, daß das Angebot der Firma COMMOX, insbesondere die Liefermengen ab 1996 betreffend, sich vor allem auf eine Planung stützt, die MOX-Fabrikation im belgischen Desel durch einen Erweiterungsbau ab Mitte der 90er Jahre zu verdoppeln, deren Realisierung in keinsten Weise gesichert ist, weil beispielsweise bisher nicht einmal eine Genehmigung für die neue MOX-Fabrik in Belgien vorliegt.

Erster Vizepräsident Möslin: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Zeitler: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Zusage von COMMOX zur Fertigung von MOX-Brennelementen im Kernkraftwerk Gundremmingen II stützt sich nicht auf erst noch zu errichtende Fertigungskapazitäten. Die in meiner Antwort vom 29. Oktober 1992 auf eine Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Magerl genannten Fertigungskapazitäten sind bereits vorhanden.

Erster Vizepräsident Möslin: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Kamm (DIE GRÜNEN): Herr Staatssekretär, welche rechtliche Qualität hat denn dieses verbindliche Angebot, das die Betreiber des KRB II von COMMOX bekommen haben?

Erster Vizepräsident Möslin: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Zeitler: Dieses Angebot hat die Qualität, daß wir davon ausgehen, daß MOX-Brennstäbe zur Verfügung stehen.

Erster Vizepräsident Möslin: Zweite Zusatzfrage, der Fragesteller!

Kamm (DIE GRÜNEN): Wer genau hat wem dieses verbindliche Angebot gemacht?

Erster Vizepräsident Möslin: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Zeitler: Das Angebot ist eine Option, die dem Antragsteller zum Einsatz von MOX-Brennelementen von der anbietenden Firma COMMOX unterbreitet worden ist.

Erster Vizepräsident Möslin: Letzte Zusatzfrage, der Abgeordnete Kolo!

Kolo (SPD): Herr Staatssekretär, ist geklärt, daß die in Belgien hergestellten MOX-Brennelemente der Spezifikation entsprechen, die ursprünglich von Hannover geliefert werden sollte, und gibt es dafür ein entsprechendes Gutachten?

Erster Vizepräsident Möslin: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Zeitler: Es ist geklärt, daß die Qualität der MOX-Brennelemente der Qualität der ursprünglichen entspricht. Die MOX-Brennelemente werden nach einem Verfahren der Firma Siemens hergestellt.

Erster Vizepräsident Möslin: Der nächste Fragesteller ist der Abgeordnete Professor Dr. Gantzer. Bitte, stellen Sie Ihre Frage!

Prof. Dr. Gantzer (SPD), Fragesteller:

Herr Staatssekretär, welchen rechtlichen Status hat derzeit das ehemalige Flugplatzgelände Neubiberg, und ist es möglich, daß bei der Festsetzung einer neuen Nutzung dieses Geländes – ob zu Flugplatz oder zu anderen Zwecken – von einem Raumordnungsverfahren abgesehen wird?

Erster Vizepräsident Möslin: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Zeitler: Die militärische Nutzung des Flugplatzes Neubiberg wurde aufgegeben. Der militärische Bauschutzbereich nach dem Luftverkehrsgesetz wurde bislang nicht aufgehoben. Über den Antrag des Fliegerclubs München auf Erteilung einer Flugplatzgenehmigung nach § 6 des Luftverkehrsgesetzes hat die Regierung von Oberbayern – Luftamt Südbayern – noch nicht entschieden. Vor der Entscheidung ist insbesondere zu prüfen, ob der beantragte Flugplatz den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung entspricht. Die Frage, ob die vom Gesetz vorgesehene landesplanerische Überprüfung in Form eines Raumordnungsverfahrens oder auf andere Weise erfolgt, wird von der Regierung von Oberbayern – höhere Landesplanungsbehörde – als verfahrensführender Behörde geklärt.

Entsprechendes würde auch für andere Nutzungen des ehemaligen Flugplatzgeländes gelten, soweit es sich um überörtlich raumbedeutsame Vorhaben handelt.

Erster Vizepräsident Möslin: Zusatzfrage, der Fragesteller!

Prof. Dr. Gantzer (SPD): Herr Staatssekretär, nachdem es bei der Nutzung des Flugplatzgeländes Neubiberg darum geht, vor allem die Geschäftsflieger im